presse

Bundesregierung muss stromintensive Industrie stützen

Zur Weigerung der EU-Kommission, Hilfen für stromintensive Unternehmen zu genehmigen, erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Hempelmann:

Aufgrund des fehlenden Wettbewerbs auf dem Strommarkt im Erzeugungsbereich sind die Strompreise rasant gestiegen. Die Große Koalition hatte deshalb beschlossen, den betroffenen Unternehmen eine einmalige Entlastung in Höhe von 40 Mio. Euro zu gewähren. Andere europäische Länder gehen noch weiter. Diese Maßnahme könnte nun von der Europäischen Kommission kassiert werden. Das Wirtschaftsministerium muss deshalb für eine Gleichstellung der deutschen Industrien kämpfen, erklärt Rolf Hempelmann.

Im Zuge des Emissionshandels und aufgrund des fehlenden Wettbewerbs auf dem Strommarkt im Erzeugungsbereich sind die Strompreise weiter rasant gestiegen. Hiervon ist auch die Industrie betroffen, insbesondere die energieintensiven Branchen wie Aluminium, Zink oder Stahl. Die Mehrkosten belaufen sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag. Deshalb hatte die Große Koalition in diesem Sommer beschlossen, den betroffenen Unternehmen in einem ersten Schritt eine einmalige Entlastung in Höhe von 40 Millionen Euro zu gewähren.

Darüber hinaus sollten weitere Entlastungsmaßnahmen, unter anderem im Bereich der Netzentgelte, geprüft werden. Andere europäische Länder gehen noch weiter, entlasten ihre Unternehmen teilweise um bis zu 50 Prozent gegenüber den Marktpreisen. Vor diesem Hintergrund geht es also nicht um die Herstellung eines Wettbewerbsvorteiles deutscher Unternehmen, sondern allenfalls um eine Annäherung an europäische Verhältnisse.

Diese Maßnahme könnte nun jedoch von der Europäischen Kommission kassiert

werden, was wohl die Schließung einiger Standorte zur Folge hätte. Die EU sieht erst ab dem Jahr 2013 Kompensationszahlungen vor. Doch dann könnte es womöglich zu spät sein.

Das Wirtschaftsministerium muss weiter für eine Gleichstellung der deutschen Industrien kämpfen. Es wäre grober Unfug, erst die Unternehmen in die Pleite zu treiben, um dann im Jahr 2013 festzustellen, dass keine Ausgleichszahlungen mehr nötig sind und zwar weil diese Unternehmen nicht mehr existieren.

Aber auch die Stromversorger sind in der Pflicht, den betroffenen Branchen entgegenzukommen. Schließlich profitierten diese von den Großabnehmern aus der Industrie, mit denen sie zudem sogenannte abschaltbare Verträge abgeschlossen hätten. Diese geben den Netzbetreibern die Möglichkeit, bei Schwankungen im Netz die Stromlieferung an die betroffenen Unternehmen kurzfristig einzustellen und auf diese Art und Weise bei schwankender Nachfrage eine stabile Grundlast zu gewährleisten. Und auch die Stromerzeuger selbst ziehen hieraus Vorteile. Denn ohne Großabnehmer kann ein Grundlastkraftwerk erst gar nicht betrieben werden.

Die energieintensiven Branchen tragen so dazu bei, für alle Verbraucher eine stabile Stromversorgung zu sichern. Deshalb sind sie für die Stromlieferanten nicht nur Kunden, sondern auch wichtige Partner. Und Partner lässt man in Notsituationen nicht im Stich.